

## Rede des Bürgermeisters zum Haushaltsplanentwurf 2018

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2017 hat uns, wie erwartet, einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung gebracht und auch die Vorzeichen für das Jahr 2018 stehen ausgesprochen gut. Dies zumindest, soweit es die wirtschaftliche Situation in unserem Lande, aber auch speziell in unserer Stadt anbelangt, was auch wir bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2018 deutlich spürbar positiv vermerken konnten. Die Haushaltsplan-Entwurfsaufstellungen verlaufen deshalb in diesen Jahren weitaus weniger dramatisch, als dies in anderen Jahren der Fall war, als wir uns immer wieder von der einen oder anderen notwendigen und wünschenswerten Maßnahme aus Kostengründen verabschieden mussten. Mir ist aber wichtig festzustellen, dass die Stadtverwaltung insbesondere im Ergebnishaushalt, wo es darum geht, welche Mittel wir in den laufenden Betrieb stecken, weiterhin sehr sparsam mit ihren Ressourcen umgeht. So erreicht beispielsweise der Personalhaushalt zwar im Entwurf nahezu die 8 Millionen-Euro-Grenze, liegt damit aber, gemessen an unserer Größenordnung, immer noch im unteren Bereich vergleichbarer Städte. Bereits 2014 lag der durchschnittliche Wert für Städte mit 10.000 – 20.000 EW bei 503 € pro Einwohner, in Wendlingen am Neckar bei 404 €. Nach Einschätzung der Verwaltung im Haushalt 2018 liegt der pro Kopf Betrag bei ca. 484 €, also immer noch deutlich unter dem Durchschnitt von 2014 und erst recht unter dem für 2018 zu Erwartenden. Auch bei anderen Kostenstellen innerhalb der Teilhaushalte bleibt die Stadtverwaltung Wendlingen am Neckar sparsam, was angesichts der automatisch ansteigenden laufenden Kosten, sei es bei der Energieversorgung, oder auch bezüglich der Kinderbetreuung, die wir nicht beeinflussen können, dringend notwendig erscheint. So weit so gut. Die

allgemeine politische Lage abseits der wirtschaftlichen Situation lässt mich aber mehr und mehr verzweifeln. Obwohl wir in allen gesellschaftlichen Bereichen nach und nach Fortschritte und keine Rückschritte erreichen, scheint das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik, zumindest in die Bundes- und Landespolitik immer mehr nachzulassen. Dies hat sicherlich damit zu tun, dass die Menschen das Empfinden haben, dass ausschließlich um Macht und Posten gerungen wird und Sachdiskussionen oftmals hinten angestellt werden. Die Bundestagswahl vom 24. September hat für mich deutlich gemacht, dass verschiedene politische Ansätze und verschiedene Positionen für die Menschen wieder besser erkennbar werden müssen, damit klar ist, dass es keine Scheinalternative braucht, wenn tatsächliche politische Alternativen auf dem Tisch liegen.

Hierzu gehört auch der Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land. Die humanitäre Hilfe für die Menschen, die in unserem Land Zuflucht gesucht haben, steht im allergrößten Teil der Bevölkerung außer Frage.

Schwieriger wird es, wenn aufgrund fehlender Einwanderungsmodalitäten sämtlicher Zuzug über das Asylrecht oder das Flüchtlingsrecht abgewickelt werden soll. Längst ist allen klar, dass dieses System bei der Menge der zugewanderten Menschen deutlich an seine Grenzen stößt und es dringend andere Regelungen bräuchte.

Ebenso bräuchte es verlässliche rechtliche Maßstäbe für die Menschen, die weder unter das Flüchtlings- noch unter das Asylrecht fallen und deshalb bis dato kein legales Zuwanderungsrecht in unser Land haben und dieses Land eigentlich wieder verlassen müssten. Ein Großteil der Verunsicherung der Bevölkerung entsteht, weil auf die Frage warum dem derzeit nicht so ist, eigentlich niemand eine verständliche und nachvollziehbare Antwort geben kann. Deshalb ist es notwendig, diese rechtlichen Maßstäbe so schnell als möglich zu setzen um sicherzustellen, dass die Menschen wieder das Gefühl

haben, dass rechtliche Rahmenbedingungen für alle Menschen in unserem Land gleich gelten.

Wir werden im Jahr 2018 erhebliche Finanzmittel aufwenden müssen, um den Anspruch auf Anschlussunterbringung, der uns zugewiesenen Menschen gerecht werden zu können. Wir werden dies aller Voraussicht nach nicht allein durch die zur Verfügung Stellung von Wohnungen und angemieteten Einzelhäusern schaffen, wie dies aus Integrationsgründen eigentlich unsere Absicht war.

Wir werden dies auch deshalb nicht schaffen, weil wir keinen weiteren Mietwohnraum dem allgemeinen Markt mehr entziehen möchten, sondern im Gegenteil durch den Bau von zwei Mietwohngebäuden in der Bessarabienstraße und im Birkenweg diesen Mietwohnungsmarkt stärken möchten. Dies hat auch der Masterplan „kommunales Wohnen“ ergeben, den wir in der vergangenen Sitzungsrunde gemeinsam verabschiedet haben. An dieser Stelle muss deutlich gesagt werden, dass Städtetag und Gemeindetag noch stärker als in der Vergangenheit das Land auf das Konnexitätsprinzip bezüglich der Flüchtlingsunterbringung und der Anschlussunterbringung erinnern müssen. Die Verpflichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen liegt beim Land Baden-Württemberg. Wenn es die Verpflichtung zur Unterbringung teilweise auf die Kommunen verlagert, so müssen die dafür entstehenden Kosten auch in vollem Umfang getragen werden. Es ist dringend erforderlich, dass hier mit dem Land entsprechende Vereinbarungen wie mit den Landkreisen, für die vorläufige Unterbringung nun auch für die Anschlussunterbringung geschlossen werden.

Was die Integration der Menschen, die in unserem Land verbleiben werden anbelangt, haben wir uns in der Verwaltung gemeinsam mit dem Gemeinderat auf einen guten Weg begeben. Durch die Einrichtung eines Integrationsmanagers über die Arbeiterwohlfahrt im neuen Jahr 2018 sowie

unsere Ehrenamtlichen im AK Asyl, unterstützt durch die Ehrenamtskoordinatorin bei der Stadtverwaltung und nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst in Nürtingen des Landkreises, haben wir gute Voraussetzungen geschaffen, diesen Menschen möglichst schnell den Weg in unsere Gesellschaft zu ebnet. Dies setzt aber auch nicht nur die Bereitschaft zur Mitwirkung sondern den unbedingten Willen sich in diese Gesellschaft zu integrieren voraus. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, diesen Willen zu wecken und wie bereits erwähnt, den anderen möglichst schnell und unkompliziert den Weg in ihre Heimat zurück zu ermöglichen. Dies alles tun wir auf der kommunalen Ebene in einem sehr geordneten, sehr verlässlichen, für alle Beteiligten verbindlichen Verfahren. Deshalb betone ich nochmals, dass es überhaupt keinen Grund gibt an den derzeitigen Verhältnissen zu verzweifeln.

Wenden wir uns nun dem Ergebnishaushaltsentwurf 2018 zu.

Die konstant gute Einnahmesituation aller Steuerarten versetzt uns in die Lage in jedem Jahr nicht nur positive ordentliche Ergebnisse zu erwirtschaften, sondern nach der jeweiligen Abrechnung auch Rücklagen zu bilden, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf das Rekordniveau von 14 Mio. € angewachsen sind, bei gleichzeitiger Schuldenfreiheit im Kernhaushalt. Wir werden diese Mittel allerdings in den kommenden Jahren für erhebliche Investitionen, die zum Teil bereits begonnen worden sind benötigen. Deshalb bleibt ein vernünftiges Wirtschaften im Ergebnishaushalt und das Ziel von jeweils ordentlich ausgeglichenen Haushalten weiterhin aktuell. Wir rechnen im Jahr 2018 mit Gewerbesteuereinnahmen von 9,3 Mio. und Einkommenssteueranteilen von 10,1 Mio. €. Zum Vergleich: im Jahr 2016 haben wir im Ergebnis 12,4 Mio. € Gewerbesteuer eingenommen und 8,9 Mio. Einkommenssteueranteil. Insbesondere bei der Gewerbesteuer bedeutet dies, dass wir weiterhin in unseren Erwartungen vorsichtig bleiben.

Die Elternbeiträge im Krippenbereich wachsen weiterhin von erreichten 204.000 € im Jahr 2016 auf nun geplante 248.000 € an.

Die Gebühren im Kindergartenbereich belaufen sich auf 670.000 €. Wenn man sich vor Augen führt, dass wir im Gesamtergebnis geplant im Jahr 2018 einen Überschuss von 1 Mio. € erzielen, wird klar, dass wir, weil es sich in 2018 um ein besonders gutes Jahr handeln wird, auf Dauer auf die Einnahmen von über 900.000 € aus Gebühren für die Kindergarten- und Krippennutzung nicht verzichten können. Deshalb stellt sich derzeit die Frage eines kostenlosen Kindergartens für uns nicht. Gleichwohl bleibt das Ziel vernünftig, weil es sich beim Kindergarten um eine Bildungseinrichtung handelt, und Bildung generell in unserem Land für die Eltern kostenfrei sein müsste. Allein hierzu müsste eine klare Finanzierungszusage über die heute gewährten 68 % hinaus durch das Land vorliegen. Ebenfalls nicht verzichten können wir auf die Einnahmen, die sich aus der Mittagessenversorgung ergeben, sie belaufen sich im Jahr 2018 auf voraussichtlich 77.000 €.

Neben den bereits erwähnten 7,88 Mio. € im Personalhaushalt schlagen die Personalkostenzuschüsse an die kirchlichen Kindergartenträger mit 3,2 Mio. € besonders zu Buche.

Darüber hinaus kostet das pädagogische Personal in den städtischen Einrichtungen allein nochmals ca. 1 Mio. € pro Jahr.

Erfreulich ist, dass wir durch entsprechende Energieeinsparmaßnahmen unseren Aufwand für Strom im Jahr 2018 voraussichtlich auf ca. 209.000 € von abgerechneten 256.000 € im Jahr 2016 reduzieren können. Für die Heizkosten müssen wir trotz ebenso durchgeführter Einsparmaßnahmen mit etwas höheren Kosten von 298.000 € im Vergleich zu 286.000 € im Jahr 2016 rechnen. Insgesamt muss es das Ziel sein, bei einer guten Haushaltslage, möglichst viel Geld in den Unterhalt und den Erhalt unserer Infrastruktur zu investieren.

Demgemäß investieren wir beim Schlüsselprodukt Straßen mindestens den Betrag, den wir durch Abschreibung auf der anderen Seite als Werteverzehr zu verzeichnen haben. Auch was energieeinsparende Maßnahmen anbelangt, werden wir unsere Bemühungen im Gebäudeunterhalt im Jahr 2018 fortsetzen. Insgesamt gehen wir wie bereits erwähnt von einem ordentlichen Ergebnis von 1.020.000 € im Jahr 2018 aus. Hinzu kommt hoffentlich der erwartete außerordentliche Ertrag durch Grundstückserlöse in Höhe von 2,3 Mio. €, so dass wir insgesamt von einem veranschlagten Gesamtergebnis von 3,32 Mio. € ausgehen.

Der Finanzhaushalt ist geprägt von einem erheblichen Investitionsprogramm, das im Jahr 2018 geplant von einem Finanzierungsmittelbedarf von 7,565 Mio. € ausgeht. Der Plan 2019 sieht sogar einen Finanzierungsmittelbedarf von 8,7 Mio. € vor. Dennoch gehen wir bei den Ergebnissen der vergangenen Jahre und den voraussichtlichen Ergebnissen im Jahr 2017 und 2018 davon aus, dass weiterhin zur Finanzierung dieser Investitionen kein Fremdkapital erforderlich sein wird. Die größten Einzelpositionen beziehen sich auf bereits begonnenen Maßnahmen, wie die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs Schützenstraße der im Jahr 2018 mit 4,6 Mio. € zu Buche schlägt oder dem begonnenen Mietwohnungsbau, für den wir nochmals 2 Mio. € aufwenden werden. Denselben Betrag sehen wir für die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften in der Anschlussunterbringung vor.

1,6 Mio. € werden wir weiterhin für die Generalsanierung der Ludwig-Uhland-Schule und 600.000 € für die Sicherung der Pfarrscheuer aufzuwenden haben. Ebenso bereits begonnen haben wir mit dem Sanierungsgebiet Stuttgarter Straße/Weberstraße und auch der Neubau der Brücke an der Ohmstraße mit 500.000 € ist bereits projektiert. Interessanter für die Folgejahre sind Maßnahmen, die im Jahr 2018 zunächst mit Planungskosten

zu Buche schlagen werden, wie der Neubau des Kindergartens im Lauterpark Ost, die Erweiterung des Rathauses, der Umbau der Ludwigstraße und der Weberstraße sowie weitere Energieeinsparmaßnahmen, insbesondere bezüglich der LED-Beleuchtung. Ebenfalls einen relativ hohen Betrag haben wir mit 75.000 € für die Erneuerung des Sitzungssaals im Rathaus eingesetzt und immerhin 72.000 € für die Einrichtung des Naturkindergartens. Eine erste Rate zur Herstellung der Durchgängigkeit an der Lauter steht ebenfalls im Haushaltsplanentwurf 2018. Diese Maßnahme haben wir durchzuführen, unabhängig davon, ob mit Wasserkraftnutzung oder ohne. Eine Vielzahl von kleineren Maßnahmen, insbesondere auch in der Gebäudeunterhaltung stehen an.

Wir haben in der vergangenen Woche im Ausschuss für Technik und Umwelt eine entsprechende Liste für die Maßnahmen der kommenden Jahre vorgelegt. Ansonsten wird das Jahr 2018 geprägt sein von der Abwicklung von bereits begonnenen Maßnahmen. Unerfreulich ist, dass wir auch für die Herstellung des Hochwasserschutzes im Jahr 2018 vermutlich nur weitere Aufwendungen für Planungen einstellen brauchen. Aufgrund der Verzögerung des Planfeststellungsbeschlusses, was ausdrücklich nicht in der Verantwortung der Stadt Wendlingen am Neckar liegt, werden die weiteren vorbereitenden Maßnahmen das gesamte Jahr 2018 in Anspruch nehmen, so dass mit den eigentlichen Bauarbeiten tatsächlich erst voraussichtlich Ende 2019 oder Anfang 2020 begonnen werden kann. Im Bereich des Wasserwerks wird die weitere Erneuerung der Wasserleitung Am Berg und die damit verbundene Straßensanierung die größte Maßnahme im Jahr 2018 darstellen. Selbstverständlich werden wir für alle durchzuführenden Maßnahmen auch entsprechende Zuschüsse und Zuweisungen einnehmen. Im Jahr 2018 gemeinsam mit den zu erwartenden Grundstückserlösen mit einem Gesamtvolumen von 8,5 Mio. €.

Insgesamt kann die Stadt Wendlingen am Neckar sehr zuversichtlich in die Zukunft schauen. Wir sind in der Lage, nicht nur unsere vorhandene Infrastruktur zu erhalten und insbesondere energetisch zu ertüchtigen, sondern wir sind auch in der Lage notwendige und in Teilen sogar wünschenswerte Neuinvestitionen zu tätigen. Dies alles gelingt uns aller Voraussicht nach, ohne dass hierzu Fremdkapital einzusetzen wäre. Bisher gelingt es ebenfalls dank einer anhaltend guten Konjunkturlage, die sich durch die Investitionstätigkeit ergebenden Abschreibungen zu erwirtschaften und sogar einen ordentlichen Ertrag zu erzielen. Dies alles ist möglich, weil Stadtverwaltung und Gemeinderat gemeinsam erfolgreich bemüht sind, die Aufwendungen im Ergebnishaushalt im Rahmen dessen zu halten, was die immer weiter steigende Aufgabenfülle einer Stadt unserer Größenordnung erlaubt. Wir dürfen bei der Betrachtung der konsumtiven Ausgaben nicht außer Acht lassen, dass sich die Stadt Wendlingen am Neckar derzeit in einem rasanten Bevölkerungswachstum befindet. Das Statistische Landesamt weist für das vierte Quartal 2012 noch eine Einwohnerzahl von 15.606 Einwohnern aus, während mit dem letztem vorhandenen statistischen Wert vom dritten Quartal 2016 bereits 16.209 Einwohner ermittelt wurden. Dieser Einwohnerzuwachs löst neben steigenden Einnahmen aus den FAG Zuweisungen und dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer auch erhöhte Ausgaben durch einen notwendigen Ausbau der Infrastruktur aus. Insgesamt dürfen wir den Einwohnerzuwachs aber in jedem Fall als ein positives Signal für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommune bewerten. Wir haben mit den erforderlichen Planungen auch in diesem Jahr wieder Fortschritte gemacht. Wir haben uns mit dem Masterplan kommunales Wohnen, aber auch mit den Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur mit dem vorgelegten Mobilitätskonzept auseinandergesetzt. Auch im Kleinen macht die Stadt Wendlingen am Neckar ihre Hausaufgaben, indem beispielsweise die Stadtmöblierung erneuert wird, im kommenden Jahr in größerem Stil die Spielplätze verbessert werden sollen und fortlaufend die



Ausstattung in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen hochgehalten wird.

Wir haben uns aber auch gemeinsam um die Frage der Motivation von Ehrenamtlichen in Vereinen, Verbänden und Organisationen gekümmert, in dem wir zeitgemäß die Zuschüsse für Vereine und Partnerschaftskomitees moderat angehoben haben. Ich danke an dieser Stelle dem Gemeinderat sehr herzlich für seine immer konstruktive, wenn auch zuweilen kritische Zusammenarbeit. Letztgenannte Kritik ist im Interesse eines gemeinsamen Ringens um den besten Weg sicherlich notwendig und Demokratie eben zuweilen auch anstrengend. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Wendlingen am Neckar, die bei immer hohem Arbeitsdruck ausgesprochen gute Dienstleistungen für ihre Bevölkerung hier in Wendlingen am Neckar erbringen. Ich danke insbesondere der Stadtkämmerei, an der Spitze Herrn Stadtkämmerer Weigel und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die Vorlage dieses Haushaltsplanentwurfs, die die vielen von den Fachämtern eingebrachten Zahlen wieder innerhalb kürzester Zeit zu einem guten Ergebnis zusammengefasst haben.

Ich freue mich nun auf die Haushaltsplanberatungen, die wir mit den Haushaltsreden der Fraktionen am 23. Januar 2018 und voraussichtlich mit der Verabschiedung des Haushaltes am 27. Februar 2018 fortsetzen werden. Vielen Dank.

(gez.)

Steffen Weigel

Bürgermeister